

"Wie kann Europa gerettet werden?" in Wiener Zeitung (30. Dezember 1947)

Legende: Am 30. Dezember 1947 kommentiert die österreichische Wiener Zeitung die Rede Eduard Ludwigs, Mitglied des österreichischen Nationalrates, vom Vortag, in der dieser über den Einsatz der überstaatlichen Organisationen für die Rettung des europäischen Kontinents vor dem Niedergang sprach.

Quelle: Wiener Zeitung. 30.12.1947, n° 2. Wien.

Urheberrecht: (c) Wiener Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"wie_kann_europa_gerettet_werden_"_in_wiener_zeitung_30_dezember_1947-de-8ec013a5-da86-4c3c-9efd-06c325af0b6a.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Wie kann Europa gerettet werden?

Totalitarismus oder Föderalismus als Gegenspieler

In einem wirklich großangelegten Vortrag im Zyklus des „Verbandes der geistig Schaffenden Österreichs“ sprach gestern abend unter Vorsitz des LAbg. Oberst J. Seifert im Festsaal des Niederösterreichischen Gewerbevereines Nationalrat Eduard Ludwig über die Strömungen der Zeit, die dem mehr wie brüchig gewordenen Begriff Europas durch Föderalisierung neuen Inhalt zu geben versuchen. Nach Bemerkungen über die internationale Entwicklung seit den Tagen der Pentarchie, der Wiener Kongreßakte und der Heiligen Allianz, über die Begriffe des europäischen Gleichgewichtes, der kollektiven Sicherheit, wie sie der Völkerbund zu verwirklichen suchte, und den im Kriege emporgewachsenen neuerlichen Versuch der Kooperation der Großmächte, der sich auch aus den begrifflichen Bestimmungen der Vereinten Nationen erfassen läßt, gab der Referent, der seine vieljährigen praktischen Erfahrungen nicht nur durch eifrige theoretische Studien ständig ergänzte, sondern sich auch durch weite Reisen und häufige Fühlungnahme mit europäischen Politikern einen gediegenen Überblick über den weitverzweigten Komplex der einschlägigen Probleme verschaffen konnte, ein Résumé der bisherigen Tätigkeit dieser überstaatlichen Organisation in ihrem positiven und negativen Teile.

Die Negativa der Un

Die ersten Versuche der großgezogenen Zusammenarbeit der Hauptmächte, wie sie am 11. September 1945 in London unternommen wurden, endeten mit einem vollen Niederbruch. Wenn man den weiteren Ablauf der internationalen Entwicklung verfolgt, so stehen den wenigen Aktiven, die sich wieder nur auf Nebensächlichkeiten beziehen, bedeutende und für die notwendige Kooperation geradezu bedrohliche Negativa gegenüber. Man hat in der Un zunächst einen kaum übersichtlichen Apparat aufgebaut, die Artikel 25 und 27, Absatz 2 und 3, der Charta mit ihrem verhängnisvollen Vetorecht haben unter Ausschaltung der kleinen und mittleren Staaten dem Sicherheitsrat beherrschendes Übergewicht gegeben, in alle Arbeiten der Un schlägt aber wiederbeginnende Blockbildung hinein, die auch die in den Pariser Konferenzen erstandenen Friedensverträge zu Papier werden läßt; die Tagungen der Un selbst werden Propagandatribüne, Entschließungen, wenn sie nach hartem Ringen gefaßt werden, werden kaum durchgeführt, sie stoßen, um aus vielen anderen Fällen nur Griechenland oder Palästina herauszugreifen, auf Widerstand der Blocks. Der Staatsvertrag mit Österreich löst trotz feierlichen Versprechungen immer neue Interpretationsschwierigkeiten aus, wobei hier nicht näher auf das völkerrechtliche Problem eingegangen werden soll, ob rein formal überhaupt der Abschluß eines Staatsvertrages völkerrechtliche Notwendigkeit ist, nachdem Österreich in den verschiedenen Deklarationen volle Souveränität zugestanden ist. Die Zoneneinteilungen, getragen von militärischer Besetzung, haben weiters Bastionen der Blocks geschaffen, und leider scheint man auch Österreich in das Gebiet der Bastionen einbeziehen zu wollen. Man mag die Konferenzen der Außenminister theoretisch dem Apparat der Un eingliedern, das sind müßige völkerrechtliche Spielereien. Entscheidende Tatsache ist es, daß die Un bei den zwei maßgeblichen Weltmächten kaum noch Autorität besitzt, daß zunehmende Spannungen nicht im Schoße der Un behoben werden können, sondern nur mehr notdürftig durch die Blockverhandlungen verkleistert werden können. Wenn in so verzweifelter internationaler Lage die Un noch nicht fallen gelassen wurde, so liegt dem Weiterschleppen dieser Institution politische Taktik zugrunde, vielleicht auch die Hoffnung, daß es der Blockpolitik doch gelingen könnte, die europäischen und asiatischen Streitangelegenheiten einem Kompromiß entgegenzuführen und die Un als große internationale Konferenzstätte zu erhalten. Man kann also ohne Übertreibung feststellen, daß es den Mächten nicht gelungen ist, die bestimmenden Streitfragen zu lösen, daß nicht zuletzt das europäische Problem vollkommen aus dem Bereich der Un herausfällt, daß die Mächte selbst in den vorbereitenden Akten des Friedensvertrages mit Deutschland nicht einen Schritt weiter kommen, daß die gegenwärtigen Friedensversuche die Trennungslinien eher in gefährlichem Maße vertiefen.

Eine selbstverständliche Reaktion

war es, daß europäische Kräfte neben den Staatskanzleien, neben der Un darangingen, die Rettung Europas zu versuchen. Daß der todwunde Körper Europa nach Rettungsmöglichkeiten aussieht, die aus historischem

Denken, Überprüfung staatsrechtlicher Neuformung Europas im Sinne eines modernen föderalistischen Systems geboren sind, ist klar. Historisches Denken soll die jahrhundertealten, sich immer wiederholenden Fehler überspitzter nationaler Souveränitäten abbiegen und im Wege föderalistischer Verbindung, einen politisch und wirtschaftlich geschlossenen Körper Europa schaffen. So entstanden, zunächst wenig beachtet, eine Reihe privater Organisationen, von denen die wichtigsten kurz gewürdigt werden sollen, da sie mit dem Jahre 1947 stark in das Blitzlicht internationaler Bewegung getreten sind. Es handelt sich um: Conseil Français pour l'Europe Unie (Präsident Herriot), Ligue Indépendante de Coopération Européenne (Präsident Van Zeeland), United Europe Movement (Präsident Winston Churchill) und die Union Européenne des Fédéralistes (Präsident Brugmans). Diese Organisationen haben in den letzten Tagen beschlossen, ein „Internationales Komitee der Bewegungen für die Einigung Europas“ zu bilden, zu dessen Präsident der Schwiegersohn Churchills Duncan Sandys gewählt wurde. In England hat sich vor kurzem ein britisches parlamentarisches Labour-Komitee für den europäischen Zusammenschluß gebildet, an dessen Spitze der Abgeordnete Ronald Mackay getreten ist, das aber mit den früher erwähnten Korporationen bis jetzt keine Beziehungen aufgenommen hat. Dies führt von selbst zur Union Parlementaire Européenne hinüber, die einen exklusiv parlamentarischen Charakter hat, lediglich der Generalsekretär Richard Coudenhove-Kalergi ist Nichtparlamentarier; es sind ihm aber zwei parlamentarische Sekretäre zur Seite gesetzt, der liberale niederländische Abgeordnete Hacke und Anne-Marie Trinquier, Mitglied der MRP. Es braucht nicht unterstrichen zu werden, daß diese Organisation, die aus einer Rundfrage Coudenhove-Kalergis bei den europäischen Parlamenten entstand, durch ihren betont parlamentarischen Aufbau mit einem Schlag in den Vordergrund trat. Die Konferenzen von Gstaad haben ihr einen soliden Unterbau gegeben, woran der belgische Sozialist Präsident Bohy wesentliches Verdienst hat. Ob und wann ein in Beratung stehendes Koordinationskomitee aller hier erwähnten Bewegungen in Kraft ersteht, läßt sich momentan noch nicht beurteilen. Man hofft aber, schon in den nächsten Monaten eine gemeinsame Arbeitsgrundlage zu finden, in der die parlamentarische Arbeitsgruppe einen bestimmenden Einfluß ausüben dürfte. Die Union Parlementaire Européenne aber verpflichtet ihre Mitglieder, in ihren Parlamenten mit allen Mitteln auf die Verwirklichung der europäischen Föderation hinzuwirken. Hier sind bereits bedeutende Erfolge vor allem in Frankreich und Italien erzielt, auch die kommenden Zollunionsverhandlungen zwischen diesen Staaten, die besondere Förderung in England finden, und der sich daraus ergebende Kontakt mit Benelux finden in der Union Parlementaire Européenne ernste Beachtung, da man darin die notwendige Vorstufe für die Realisierung der föderalistischen europäischen Verfassung erblickt. Die Verfassungsentwürfe umspannen in einem Vorwort und 118 Artikeln das Wesen der kommenden europäischen Konföderation, man bemerkt bei ihrem Studium das Vorbild der Schweizer Bundesverfassung. Die juristische Kommission der Union Parlementaire Européenne wird schon in den nächsten Monaten ihre Beratungen aufnehmen, um einer Volltagung in Interlaken, die für Herbst 1948 anberaumt ist, die Ergebnisse ihrer Arbeiten zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Das wird auch der Zeitpunkt sein, in dem Regierungen einzuschalten sein werden. Die Bundesverfassung enthält notwendige Beschränkungen der bisherigen nationalen Souveränitäten, sie setzt die verfassungsmäßigen Bundesautoritäten in Form einer Bundeskammer und eines Bundessenates fest. Das höchste Bundesorgan soll der Bundesrat bilden, dessen Mitglieder nach der Zahl der Mitgliedstaaten bestimmt werden.

Das Ziel

Aus historischer Erfahrung kennt die Welt die verschiedenen Pläne für universelle und europäische Konföderation, sie wurden versucht, der Erfolg blieb aus. Europa wurde im besonderen immer wieder der Schauplatz der Kämpfe, die dann nur zu leicht die weitere Welt in ihren Bereich zogen. Dem soll Ende gesetzt werden. In unserer Welt des 20. Jahrhunderts gibt es nur zwei Lager, zwei Arten von Politik. Das ist nicht das Lager der Rechten und Linken, die man vielfach in ihren Kundgebungen kaum mehr unterscheidet. Was uns in seiner Größe entgegentritt, das ist der Totalitarismus und auf der anderen Seite der Föderalismus, eine Drohung und Hoffnung. Was die Haltung der zwei bestimmenden Weltmächte zu einer kommenden europäischen Konföderation betrifft, so werden die Vereinigten Staaten diese Idee begrüßen; sie werden kaum Lust haben, alle zwanzig Jahre Millionen von Soldaten nach dem alten Kontinent zu werfen. Die panamerikanische Idee realisiert sich rasch; ihr Interesse ist Zusammenarbeit mit dem alten Kontinent zu endgültiger Pazifikation der Welt. Sollte Rußland zunächst nur eine Rolle als Beobachter beziehen, so wird sich doch ohne Verzug ein weites Programm wirtschaftlicher Zusammenarbeit ergeben. Rußland wird über kurz oder lang aus der Politik des Isolationismus heraustreten. Es mag vieles in der Programmatik für ein

neues Europa noch lediglich Diskussionsgrundlage sein, sicher ist es aber, daß die Erkenntnis von der gefährlichen Fortdauer des gegenwärtigen zwischenstaatlichen Verhältnisses zur allgemeinen Überzeugung geführt hat, daß es gilt, alle Kräfte für einen europäischen Neubau zu gewinnen, soll der Name Europa nicht in Bälde in das Reich historischer Erinnerung hinabsinken. Rettung kann nur aus der Verwirklichung der Begriffe Freiheit, Wohlstand und Friede kommen. Der Weg wird über den europäischen Bundesstaat führen.